



**Update 7/2018 vom 18. Mai 2018**

**Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf**

**Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Freundinnen und Freunde,**

in dieser Woche hat Olaf Scholz, unser neuer Finanzminister, seinen ersten Haushaltsentwurf in den Bundestag eingebracht. Wir halten, was wir im Koalitionsvertrag versprochen haben: Wir finanzieren die prioritären Projekte der Koalition aus, wir investieren kräftig in die Infrastruktur und wir kommen, auch angesichts der guten wirtschaftlichen Lage, ohne neue Schulden aus.

### **Haushaltsdebatte im Bundestag**

In dieser Woche hat sich im Bundestag alles um den Haushalt gedreht. In einer solchen „Haushaltswoche“ finden die regulären AGs und Ausschüsse nicht statt, stattdessen wird das Haushaltsgesetz – immerhin rund 3000 Seiten stark – ausführlich debattiert. Die Parteien nutzen diese Gelegenheit für die sogenannte Generaldebatte.

Unser neuer Finanzminister Olaf Scholz hat am Dienstag den Aufschlag gemacht und das **Haushaltsgesetz für 2018** eingebracht. Die Einbringung erfolgt erst jetzt, weil die Gesetzgebung durch die langwierigen Jamaika-Sondierungen lange Zeit zum Stillstand gekommen war.

Der Haushalt 2018 sieht eine **Steigerung der Investitionen gegenüber 2017 um 9 Prozent auf 37 Milliarden Euro** vor und kommt, wie schon in den Vorjahren, ohne neue Schulden aus – Niedrigzinsen, Hochkonjunktur und Rekordsteuereinnahmen sorgen dafür, dass sich der Staat nicht einmal das Geld zu leihen braucht, welches die Schuldenbremse ausdrücklich erlaubt.

Darüber hinaus hatte das Bundeskabinett in der ersten Maiwoche die Eckwerte des Haushalts 2019 sowie den Finanzplan des Bundes bis 2022 beschlossen. Auch über diese Finanzplanung haben wir debattiert, obwohl sie noch nicht offiziell in den Bundestag eingebracht wurde (das passiert erst im Herbst, wenn ein Gesetzentwurf für den Haushalt 2019 vorliegt). Für den **Zeitraum 2019-2022 sieht der Finanzplan einen Anstieg der staatlichen Investitionen um 18 Prozent auf 143 Milliarden Euro** vor (gegenüber 122 Milliarden Euro im Zeitraum 2014-2017).

Zwischenzeitlich hat zudem die **aktuelle Steuerschätzung** ergeben, dass der Bund gegenüber den oben genannten Plänen nochmals mit zusätzlichen 11 Milliarden Euro bis 2022 rechnen kann. Olaf Scholz hat erklärt, die Mittel (a) in den Breitbandausbau investieren zu wollen (durch eine Bestückung des geplanten Investitionsfonds schon 2018 mit 2,4 Milliarden Euro), sowie (b) in Entlastungen der Bürger durch einen Ausgleich der Effekte der kalten Progression.

### **Haushaltsrede für den Bereich Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales**

Nachdem mich die SPD-Fraktion zu ihrem Sprecher im neuen Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales gewählt hat, habe ich am vergangenen Donnerstag meine erste Haushaltsrede für diesen Bereich gehalten. Zum ersten Mal seit 1969 gibt es wieder einen Ausschuss für die Belange der Kommunen. Zusammen

mit dem programmatischen Satz aus dem Koalitionsvertrag „Wer bestellt, bezahlt“, ist das ein Meilenstein gegenüber den Kommunen. Wir stellen uns unserer Verantwortung.



Bei meiner Haushaltsrede am 17.5. für den Bereich Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales. Online gibt es die Rede unter <https://dbtg.tv/fvid/7227450>.

Wir haben uns in der Koalition viel vorgenommen: Wir schaffen das Kooperationsverbot ab, damit der Bund den Kommunen bei der Bildung schnell und zeitnah helfen kann. Wir verdreifachen die Mittel für den Nahverkehr auf 1 Milliarde Euro jährlich. Und schließlich wollen wir, dass das Geld für den sozialen Wohnungsbau auch genau dafür eingesetzt wird. 2 Milliarden Euro geben wir obendrauf. Außerdem planen wir eine Wohnrauminitiative: Wir schaffen 1,5 Millionen neue Wohnungen bzw. die Voraussetzungen dafür. Wir wollen die Baulandmobilisierung verbessern und werden der Bodenspekulation mit einer neuen „Grundsteuer C“ steuerlich entgegenwirken. Darüber hinaus erhöhen wir das Kindergeld und führen ein Baukindergeld ein, von dem junge Familien profitieren können.

Für mich ist das Wort von Hans-Jochen Vogel aus dem Jahr 1971 noch immer richtig: „Städte sind steingewordene Gesellschaftspolitik. Aus ihren Grundrissen, aus ihren Strukturen kann man Wertordnungen ablesen.“ Dieser Satz heißt für mich: Gute Bau- und Kommunalpolitik erschöpft sich nicht nur darin, möglichst *viel* zu bauen. Unser Anspruch ist es vielmehr, Heimat als einen Ort zu gestalten, an dem Menschen gerne leben, wo sie sich wohlfühlen und wo sie zuhause sind.

→ Die ganze Rede kann man sich hier ansehen: <https://dbtg.tv/fvid/7227450>.

## AG Kommunalpolitik zur Grundsteuer

Die Grundsteuer ist eine der wichtigsten kommunalen Steuerquellen. Jährlich fließen rund 14 Milliarden Euro aus der Grundsteuer in die Haushalte der Städte und Gemeinden, mit denen diese Straßen, Wasserleitungen, Kitas und Sportplätze finanzieren. Zugleich ist die individuelle Belastung durch die Grundsteuer gering: Im Durchschnitt zahlt jede Mieterin und jeder Mieter lediglich

18 Cent Grundsteuer pro Quadratmeter und Monat. Es handelt sich also um eine wichtige und sozial verträgliche Abgabe.

Am 10. April hat das Bundesverfassungsgericht die Grundsteuer in ihrer derzeitigen Form allerdings als verfassungswidrig eingestuft (ich habe darüber in Update 5/2018 berichtet). Die Richter bemängelten – aus meiner Sicht völlig zu Recht – dass die völlig veralteten Bewertungsregeln für Grundstücke und Gebäude heute nicht mehr angemessen seien. Weil sich die Bodenpreise in den vergangenen Jahren auch regional stark verändert haben, sorgen diese veralteten Werte dafür, dass die einen heute zu viel Grundsteuer zahlen, die anderen zu wenig. Diese Ungerechtigkeit müssen und wollen wir abstellen.

Wie so oft gibt es allerdings sehr unterschiedliche Vorstellungen, welches Reformmodell für die Grundsteuer das Beste wäre. Über diese Frage haben wir diese Woche in der AG Kommunalpolitik mit dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Helmut Dedy, und dem stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Uwe Zimmermann, debattiert. Als zuständiger Berichterstatter der SPD-Fraktion für die Grundsteuer ist mir der Austausch mit den kommunalen Spitzenverbänden sehr wichtig. Die Diskussion hat gezeigt, dass der Teufel bei allen Reformmodellen im Detail steckt.



Mit dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Helmut Dedy (1.), meiner Fraktionskollegin Elisabeth Kaiser (2.v.l.) und dem stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Uwe Zimmermann (3.vl.).

Als SPD-Fraktion verfolgen wir bei der Reform der Grundsteuer drei Ziele: Erstens wollen wir das Steueraufkommen für die Städte und Gemeinden sichern. Zweitens wollen wir, dass insbesondere Mieterinnen und Mieter nicht über Gebühr belastet werden. Und drittens fordern wir, dass sich die Grundsteuer auch in Zukunft am Wert eines Grundstücks orientiert: Auch künftig muss für ein Luxusapartment am Berliner Gendarmenmarkt mehr Grundsteuer fällig werden, als für eine Doppelhaushälfte am Stadtrand.

## Zu Gast im Studio Friedmann

In dieser Woche war ich Gast im Studio Friedmann zu dem Thema „Wer stoppt Mietenwahnsinn und Wohnungsknappheit?“. Mein Diskussionspartner war Dr. Kai Warnecke, Präsident von Haus & Grund, dem Zentralverband der Deutschen Eigentümer. Die Themenbandbreite reichte von der Mietpreisbremse über Baukindergeld, Wohnungsnot, Gentrifizierung, Wohnungsneubau, Luxus-Sanierungen und bezahlbaren Wohnraum bis hin zu Bodenspekulationen.

Wir haben sehr kontrovers diskutiert. Insbesondere bei den Themen effiziente Gebäudesanierung und Mietpreisbremse hatten wir eine sehr unterschiedliche Meinung. Aber grundsätzlich hat Herr Warnecke die Vorhaben im Koalitionsvertrag zu Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung sehr positiv beurteilt. Moderator Michel Friedmann hat in seiner üblich offensiven Frageweise immer mal wieder versucht, mich in die Mangel zu nehmen – ich hoffe, dass ich mich dennoch ganz gut geschlagen habe.



Mit Kai Warnecke (Haus & Grund) am 17.5. im Studio

Ihr seid herzlich eingeladen, die Sendung anzuschauen. Gerne könnt Ihr mir dazu auch ein Feedback geben.

→ **Ausstrahlung: Donnerstag, 24. Mai, um 17:15 Uhr bei Welt (ehemals N24).**

## Naher Osten – Verhandlungen statt Provokationen erforderlich

In diesen Tagen schauen wir wieder mit großer Sorge in den Nahen Osten. Wir sehen, dass sich der militärische Konflikt zwischen Israel und dem Iran verschärft. Klar ist, das Existenzrecht Israels ist für uns nicht verhandelbar. Dazu gehört auch das Recht auf Selbstverteidigung, wenn der Iran mit seinen militärischen Stellungen gefährlich nah an die Grenzen Israels heranrückt. Andererseits stellen aggressive Rhetorik und die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem, die in dieser Woche

dort eröffnet wurde, unnötige Provokationen dar, in einer Zeit, in der die gesamte Region instabil ist.

Der Gewaltausbruch mit vielen Toten und Verletzten zeigt die fragile Lage, in der besonnenes Verhalten und Verhandlungen notwendig sind denn je. Zusätzlich steigen die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran aus und heizen damit wieder einen Konflikt an, der mit dem Abkommen auf dem Weg einer Lösung war. Trump will den Iran an die Wand drücken, obwohl die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), die das Abkommen überwacht, keine Anzeichen dafür sieht, dass der Iran gegen das Abkommen verstößt.

Das ist politisch grob fahrlässig und zeigt wieder mal das gefährliche und plumpe Denken Trumps, dem es nur auf „Deals“ ankommt, die er gut findet. Wir dagegen setzen weiter auf multilaterale Konfliktlösungen und versuchen, gemeinsam mit den verbliebenen Vertragsparteien, das Atomabkommen mit dem Iran zu retten. Die Sanktionen der USA machen dies extrem schwer, denn sie bestrafen auch Unternehmen außerhalb der USA, die mit dem Iran Geschäfte machen. Dennoch gibt es aus unserer Sicht keine Alternative dazu, geschlossene Verträge einzuhalten, auch um Glaubwürdigkeit und Stabilität in den internationalen Beziehungen zu erhalten.

## Blick hinter die Kulissen des Bundestages: Wirtschaftsjunior zu Gast im Bundestagsbüro



Der Organisationsberater Renke Ulonska hat mich eine Woche lang im Bundestag begleitet.

Eine Woche lang begleitete mich der nordfriesische Organisations- und Managementberater und Wirtschaftsjunior Renke Ulonska (flow consulting gmbh) bei meiner politischen Arbeit in Berlin. Organisiert wurde der Know-how-Transfer wie in den vergangenen Jahren auch von den Wirtschaftsunioren Deutschland, dem größten deutschen Verband von Führungskräften unter 40 Jahren. Ziel der Projektwoche ist es, den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik zu fördern. Am diesjährigen Know-how-Transfer nahmen 200

junge Wirtschaftsvertreterinnen und -vertreter aus ganz Deutschland teil.

„Da der Know-how-Transfer in der Haushaltswoche lag, konnten wir die Haushaltsdebatte hautnah mitverfolgen. Mir ist nicht zuletzt klargeworden, dass die politische Diskussion und auch das Einmischen in die Politik in Zeiten von Rechtsruck und AfD wichtiger denn je geworden sind. Von nun an werde ich mich noch mehr mit politischen Themen beschäftigen und mein Umfeld zur politischen Diskussion auffordern“, fasst Renke seine Eindrücke zusammen. Besonders wichtig ist für die Wirtschaftsunioren das Thema Generationengerechtigkeit: „Als junge Wirtschaft fordern wir, die Rente zukunftssicher zu machen.“

Auf dem Programm standen Hintergrundgespräche mit den Fraktionsvorsitzenden, Treffen mit jungen Parlamentariern, ein Austausch mit dem estnischen Botschafter und ein Termin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. „Diese Termine waren besonders interessant, um auch die Politiker einmal kennenzulernen, die man sonst nur aus dem Fernsehen kennt“, so Renke.

**Zu guter Letzt: Fragen, Anregungen, Kritik?**

**Meldet euch, ihr wisst, wie es geht.**

Euer



*Besucherguppe aus dem Kreis Warendorf: 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind meiner Einladung in die Bundeshauptstadt gefolgt. Während des dreitägigen Besuchs konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur Bundestag, Bundesrat und Willy-Brandt-Haus besichtigen – sondern auch einmal den Berliner Trubel hautnah mitverfolgen.*